

Stand: 12.01.2026 03:11:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5228

"Zusammenlegung von Schuldner- und Insolvenzberatung endlich umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5228 vom 10.02.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.02.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6528 des SO vom 05.05.2015
4. Beschluss des Plenums 17/6916 vom 10.06.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 10.06.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zusammenlegung von Schuldner- und Insolvenzberatung endlich umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Landtagsbeschluss vom 9. November 2011 (Drs.16/10234) endlich umzusetzen und die Zuständigkeit für die Schuldner- und Insolvenzberatung in Bayern unter dem Dach der Kommunen zusammenzuführen.

Die bisherige staatliche Aufgabe der Förderung der Insolvenzberatung wird in den übertragenen Wirkungsbereich der Landkreise und kreisfreien Städte delegiert. Die durch die Übertragung der Insolvenzberatung für die Kommunen neu entstehenden Kosten werden unter Anerkennung der Konnexität vom Freistaat Bayern in vollem Umfang erstattet. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag in Absprache mit dem Bayerischen Städtetag, dem Bayerischen Landkreistag und dem Fachausschuss Schuldnerberatung der LAG Ö/F ein Konzept für die konkrete Ausgestaltung der beschlossenen Zusammenführung und die Neuordnung der Förderung von Schuldner- und Insolvenzberatung vorzulegen.

Über die Umsetzung des Beschlusses ist dem Landtag bis zum Ende des zweiten Quartals 2015 mündlich und schriftlich zu berichten.

Begründung:

Der Landtag hat mit Beschluss vom 9. November 2011 (Drs. 16/10234) die Staatsregierung aufgefordert, zu prüfen und dem Landtag darüber zu berichten, ob und wie eine Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung aus einer Hand bewerkstelligt werden kann. In einem Brief der damals zuständigen Staatsministerin Christine Haderthauer vom 30. August 2011 an die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit, Brigitte Meyer, wurde in Aussicht gestellt, noch im Herbst 2011 ein mit den Trägerverbänden der Insolvenzberatungsstellen und

den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmtes Konzept zur angestrebten Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung vorzulegen. Die mit der Zusammenführung verbundene Delegation der Förderung von Insolvenzberatungsstellen auf die Kommunen, sollte laut Auskunft von Staatsministerin Haderthauer schon zum 1. Januar 2013 Inkrafttreten.

Am 30. Januar 2015 hat das zuständige Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration nun endlich einen abschließenden Bericht zu dem oben aufgeführten Auftrag des Landtags vorgelegt. Darin wird die vom Landtag geforderte Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung für sachlich sinnvoll und rechtlich möglich gehalten. Es wird eine Delegation der Aufgabe der Insolvenzberatung in den übertragenen Wirkungsbereich der Landkreise und kreisfreien Städte vorgeschlagen. Unter Anerkennung der Konnexität soll den Kommunen der Aufwand für die Übertragung der Aufgaben der Insolvenzberatung vom Freistaat Bayern erstattet werden. Der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag und der Fachausschuss Schuldnerberatung begrüßen grundsätzlich die Delegation der Insolvenzberatung auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Voraussetzung ist allerdings die Sicherstellung einer auskömmlichen staatlichen Finanzierung.

Aus fachlicher Sicht ist eine Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung dringend geboten, da sich in der Praxis der Beratungsstellen die Aufgaben kaum trennen lassen und die Übergänge in der konkreten Arbeit fließend sind. Die Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung schafft Synergieeffekte und setzt Verwaltungskapazitäten frei. Durch die Vereinbarung von Qualitätsstandards zwischen Staat, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden können vorhandene Standards gesichert und die Effizienz der Beratung gesteigert werden.

Um nicht weitere wertvolle Zeit zu verlieren, muss die Staatsregierung umgehend konkrete Verhandlungen über die beschlossene Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung mit den zuständigen kommunalen Spitzenverbänden und der verbandlichen Vertretung der freien und gemeinnützigen Träger der Insolvenzberatung aufnehmen. Dabei muss eine bayernweite flächen- und bedarfsdeckende Versorgung mit Insolvenzberatungsstellen gewährleistet werden.

Angesichts neuer gesetzlicher Aufgaben, wie der gerichtlichen Vertretung im Insolvenzverfahren und stetig wachsender Fallzahlen, muss eine ausreichende Finanzierung der Aufgaben der Insolvenzberatung

durch den Freistaat sichergestellt werden. Die Neuordnung der Schuldner- und Insolvenzberatung muss mit der Vereinbarung eines neuen Finanzierungsmodells einhergehen. Die bisher auf Fallpauschalen basierende staatliche Förderung wird auf eine Förderung in Form eines nach Einwohnerzahl gestaffelten Sockelbetrags umgestellt. Förderfähig sind dabei nur

staatlich anerkannte Insolvenzberatungsstellen in gemeinnütziger oder kommunaler Trägerschaft. Der Freistaat Bayern erkennt die Delegation der Förderung der Insolvenzberatung an die Kommunen als konnexitätsrelevant an. Die durch die Aufgabenübertragung neu entstehenden Kosten werden den Kommunen in vollem Umfang erstattet.

Die Problematik mit der Ortsumfahrung Neuhausen – Weihmichl – Arth ist den Ortskundigen wie Frau Kollegin Müller bekannt. Sie ist dort unterwegs. Das ist die eine Baustelle. Da sind die Ortsumfahrungen im nördlichen Landkreis.

(Markus Ganserer (GRÜNE): Ich spreche vom südlichen Landkreis!)

- Gerade haben Sie von Weihmichl – Arth gesprochen. Das befindet sich im nördlichen Landkreis.

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Radlmeier hat das Wort.

Helmut Radlmeier (CSU): Wir können Wünsche dazu äußern, was im Bundesverkehrswegeplan angemeldet werden soll. Die Priorisierung liegt dann beim Bund. Das ist ganz klar. Wenn wir mit guten und stichhaltigen Argumenten vorangehen, die heute und in der jüngsten Vergangenheit ausgetauscht worden sind, haben wir eine realistische Chance, Priorität 1 zu erreichen und etwas voranzutreiben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat noch Herr Kollege Zierer um eine Zwischenbemerkung gebeten. Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Radlmeier, Ihr Hin-und-Her-Gehopse wird Ihre Position sicherlich nicht verstärken. Die FREIEN WÄHLER wollen das Vorhaben selbstverständlich unterstützen. Wir wollen Sie unterstützen und stimmen mit der CSU.

(Zurufe von der CSU: Bravo!)

Allerdings haben wir den Glauben aufgegeben, dass die CSU überhaupt etwas zu sagen hat, selbst wenn sie die Mehrheit stellt. Entscheiden wird ihr Ministerpräsident. Wir wollen Ihnen helfen. Was Sie daraus machen, ist Ihre Sache.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLER)

Helmut Radlmeier (CSU): Ich glaube, die CSU-Fraktion hat eine eigene Meinung. Wenn diese Meinung vom Ministerpräsidenten untermauert wird, ist das eine klare Zielsetzung, mit der man in Berlin offensiv punkten kann.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Jetzt trennen wir die

Anträge und kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf der Drucksache 17/5240 abstimmen. Wer dem Antrag der CSU seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

- Ich glaube, wir sind noch bei der Abstimmung. Wir freuen uns darüber, wenn Sie sich auch freuen. - Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der CSU angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf der Drucksache 17/5241. Hier haben die Antragsteller einen Änderungsantrag gestellt. Danach soll der Absatz 2 eine Neufassung erhalten. Die Neufassung liegt allen Fraktionen vor. Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag in der geänderten Fassung abstimmen. Wer dem Antrag auf der Drucksache 17/5241 in dieser Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wie immer! – Zurufe von der SPD)

- Waren bei der SPD Stimmenthaltungen? Ich habe Sie nicht gesehen. Es tut mir schrecklich leid. Ich bin auch nicht darauf aufmerksam gemacht worden. Aber jetzt machen wir erst einmal das hier fertig. - Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion ist in der geänderten Fassung angenommen worden. – Ich stelle im Nachhinein fest, dass bei der Abstimmung über den Antrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/5240 aus den Reihen der SPD-Fraktion zwei Stimmenthaltungen gekommen sind. Deswegen ist der Dringlichkeitsantrag trotzdem angenommen.

Jetzt darf ich noch über den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN abstimmen lassen. Das ist der Antrag auf der Drucksache 17/5224. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5225 bis 17/5230 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich darf jetzt noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt geben, zunächst das Ergeb-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/5228

**Zusammenlegung von Schuldner- und Insolvenzberatung endlich
umsetzen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatler: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 30. Sitzung am 16. April 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 66. Sitzung am 5. Mai 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/5228, 17/6528

Zusammenlegung von Schuldner- und Insolvenzberatung endlich umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Kerstin Celina

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 13 und 14** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukunft der Insolvenzberatung in Bayern sichern II - Förderung der Insolvenzberatung verbessern (Drs. 17/3203)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusammenlegung von Schuldner- und Insolvenzberatung endlich umsetzen (Drs. 17/5228)

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal könnte man an der Parteipolitik verzweifeln,

(Heiterkeit)

so wie in diesem Fall. Stellen Sie sich vor: Alle Fraktionen, alle Experten und die Vertreter des fachlich zuständigen Ministeriums sind sich in der Sache einig – und trotzdem wird nicht das Richtige getan. Genau das passierte vor einigen Wochen im Ausschuss für Soziales. Zwei unserer Anträge wurden dort beraten, und Ihre Vertreter, liebe Damen und Herren von der CSU, stimmten keinem der beiden zu, obwohl der Antragstext unseres einen Antrags wörtlich von dem Kollegen Vogel für richtig befunden wurde, wie auch das Protokoll des Ausschusses, nachlesbar für alle, bestätigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotzdem konnten Sie sich nicht zu einer Zustimmung durchringen. Da frage ich mich, wie wir die Bürger davon überzeugen wollen, dass auch in der hohen Politik Sachpolitik im Vordergrund steht. So schaffen wir das jedenfalls nicht.

Worum geht es? - Zum einen fordern wir und inzwischen auch die Regierungsfraktion die Zusammenlegung der Schuldner- und der Insolvenzberatung. Zum anderen fordern wir, die Fallpauschalen, die seit 1999 nicht mehr angepasst worden sind, an die Kostenentwicklung der letzten 15 Jahre anzupassen.

Zur Zusammenlegung der Schuldner- und der Insolvenzberatung unter dem Dach der Kommunen erinnere ich daran, dass der Landtag bereits in der letzten Wahlperiode, am 9. November 2011, einstimmig beschlossen hatte, dass die Staatsregierung die Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung in eine Hand prüfen und umsetzen solle. Bisher liegt die Zuständigkeit für die Schuldnerberatung bei den Kommunen, und die Zuständigkeit für die Insolvenzberatung liegt beim Freistaat. Das ist, wie die vielen Kommunalpolitiker unter Ihnen wissen, weder fachlich noch organisatorisch sinnvoll; denn in der Regel finden die Schuldner- und die Insolvenzberatung mit denselben Beratungsstellen statt, und die genaue Abgrenzung der Aufgabenbereiche ist in der Praxis häufig schwierig zu bewerkstelligen. Die Abrechnung gegenüber unterschiedlichen Kostenträgern erhöht zudem den bürokratischen Aufwand. Deshalb fordern Fachöffentlichkeit, Einrichtungsträger und die GRÜNEN schon lange die Zusammenführung der Schuldner- und der Insolvenzberatung. Auch das zuständige Ministerium hat sich dem in seinem Bericht am 30. Januar 2015, vier Jahre nach dem Prüfauftrag, angeschlossen.

Nichts anderes haben wir in unserem Antrag gefordert. Trotzdem haben Sie ihn aus parteipolitischen Gründen abgelehnt, anstatt mit uns und den anderen Fraktionen dem Ministerium und der Ministerin den Rücken zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Stärkung des Sozialministeriums durch uns Sozialpolitiker wäre sehr wichtig gewesen; denn die Verhandlungen zwischen Freistaat, kommunalen Spitzenverbänden und der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege als Vertretung der Einrichtungsträger scheiterte bisher vor allem am Streit um die Finanzierung der Beratung. Eigentlich wollte schon die damalige Staatsministerin Haderthauer dem Landtag im Herbst 2011 ein abgestimmtes Konzept über die Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung vorlegen. Bis Ende 2014 konnte jedoch zwischen den beteiligten Verhandlungspartnern keine Einigkeit erzielt werden. Nun besteht politische Einigkeit über die Sinnhaftigkeit der Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung, und selbst der Bayerische Oberste Rechnungshof befürwortet die Zusammenführung. Jetzt darf keine weitere Zeit verloren gehen. Deshalb haben wir den konkreten Antrag gestellt, den Sie wider besseren Wissens ablehnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen stellten Sie eine inhaltlich ähnliche, aber völlig unverbindliche Resolution mit unkonkreten Wischi-Waschi-Formulierungen im Ausschuss zur Abstimmung. Das wird dem Thema nicht gerecht.

Nun noch kurz zu unserem zweiten Antrag. Wir fordern eine bessere Finanzierung der Schuldner- und der Insolvenzberatung, weil die Fallpauschalen seit 1999 nicht mehr angepasst wurden und in der gleichen Zeit die Inflation im Durchschnitt jährlich um 1,5 % stieg. Das hört sich nicht viel an, aber ich habe die exakten Inflationswerte nachgerechnet. Die Fallpauschale für eine Schuldnerberatung lag 1999 bei 507 Euro. Wäre sie der jährlichen Inflationsrate angepasst worden, bekämen die Träger heute 674 Euro. Sie ist aber nicht angepasst worden und beträgt nach wie vor nur 507 Euro.

Ein Vergleich dazu: Die Abgeordnetenbezüge der Bundestagsmitglieder lagen im Jahr 1999 umgerechnet bei 6.583 Euro; heute liegen sie bei 9.082 Euro. Das heißt, sie sind mit der jährlichen Inflationsrate gestiegen, die Fallpauschale der Schuldner-

und der Insolvenzberatung ist dagegen seit 16 Jahren unverändert, obwohl natürlich auch hier die tatsächlichen Kosten für die Träger gestiegen sind.

Unser Antrag hat sich nicht erledigt, da, wie gesagt wird, mit der Neuordnung der Zuständigkeit auch ein neues Finanzierungsmodell einhergeht. Das stimmt aber nicht. Unser Antrag fordert lediglich die Kompensation für die vergangenen 15 Jahre. Insoweit hat die CSU-Fraktion keinerlei Lösung vorgelegt.- Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Unterländer. Bitte sehr, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit vielen Jahren wird in diesem Hause eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit der Insolvenzberatung und ihrer Struktur geführt, die zum Teil haushaltspolitisch motiviert war, die zum Teil aber auch mit Rechtsänderungen im Insolvenzrecht der Privatinsolvenzen zu tun hatte.

Es ist richtig, dass sich bei den Kommunen, was die Schuldnerberatung anbelangt, eine Infrastruktur entwickelt hat, die sich vorrangig in der öffentlichen Wahrnehmung bei betroffenen Schuldnern als notwendige niedrighschwellige Einrichtung erweist. Auf der anderen Seite gibt es die Insolvenzberatung, die sich durch die Neugestaltung der Privatinsolvenzen verändert hat. In der Tat ist schwer nachvollziehbar, dass auf der einen Seite mit den Schuldnerberatungsstellen eine absolut kommunalfinanzierte Struktur aufgebaut wurde und auf der anderen Seite die Insolvenzberatungsstellen anders organisiert sind und die Zuständigkeit für sie woanders liegt.

Ich kann mich sehr gut an die Haushaltsdiskussionen im Jahr 2004 erinnern, als auch die Insolvenzberatung insgesamt diskutiert worden ist und als es Kritik daran gegeben hat, dass der Staat entsprechend finanziert. Aber ich muss ganz ehrlich sagen: Ich

sehe und habe auch damals darauf hingewiesen, dass diese Insolvenzberatung öffentlich gefördert und unterstützt werden muss, weil die Privatschuldner Unterstützung brauchen, und zwar nicht nur Unterstützung in rechtlicher, sprich juristischer Hinsicht, sondern häufig auch hinsichtlich der Lebensführung und einer sozialpsychologischen Begleitung. Dies kann, ohne jemandem zu nahe treten zu wollen, durch die Angebote von Rechtsanwälten nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden. Deswegen ist es richtig, dafür zu plädieren, sowohl die Schuldner- als auch die Insolvenzberatung öffentlich zu fördern.

Nun gibt es aufgrund dieser Entwicklungen seit vielen Jahren Diskussionen über die Strukturen. Ich kann mich mindestens für die letzten zehn bis zwölf Jahre daran erinnern, dass wir darüber diskutiert haben, wie in Zukunft die Ausstattung und die Strukturen ausschauen sollen. Deswegen ist in der vergangenen Legislaturperiode auch parallel zu den Bemühungen des Sozialministeriums mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Prüfauftrag gegeben worden – Frau Kollegin Celina hat dies angesprochen –, um zu klären, wie die Bedingungen für eine Zusammenführung erreicht werden können. Dieser Antrag ist dann auch umgesetzt worden, und es ist berichtet worden, wie diese Umsetzung erfolgen soll. Ihr Antrag auf Drucksache 17/5228 ist insoweit gegenstandslos, als das zuständige Ministerium im Januar 2015 einen entsprechenden Bericht vorgelegt hat.

Die Verhandlungen der Bayerischen Staatsregierung mit dem Fachausschuss Schuldnerberatung der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, dem Bayerischen Landkreistag und dem Bayerischen Städtetag verfolgen das Ziel – das ist das Ergebnis der politischen Bemühungen –, die Zuständigkeit an die Kommunen zu delegieren. Die finanzielle Ausstattung erfolgt entsprechend. Diesen Weg sehen wir als den richtigen an. Deswegen hat es dazu von uns immer wieder entsprechende Äußerungen gegeben. Wir haben im Sozialausschuss ein Fachgespräch zur Zukunft der Insolvenzberatung durchgeführt, an dem unter anderem die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Städtetag und der Bayerische Landkreistag –

und der Fachausschuss Schuldnerberatung der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege teilgenommen haben. Alle Angehörten haben die Auffassung vertreten, dass gerade aufgrund der zunehmenden Zahl an Privatinsolvenzen die Notwendigkeit besteht, Schuldnerberatung und Insolvenzberatung in einer Hand zusammenzuführen.

Da der Antrag auf Drucksache 17/5228 erledigt ist, reduziere ich meine Gegenargumentation auf die Forderung der GRÜNEN nach Erhöhung der Fallpauschalen. Diese sind in der Tat zuletzt im Jahr 1999 erhöht worden. Obwohl die staatlichen Zuschüsse für die Träger der Insolvenzberatungsstellen absolut gestiegen sind, hat es parallel dazu kaum Einstellungen bei den Insolvenzberatungsstellen durch die Träger gegeben. Dadurch hat sich logischerweise die Deckungsquote erhöht.

Die GRÜNEN fordern in ihrem Antrag auch die Berücksichtigung der Konsequenzen aus der weiteren Reform der Insolvenzberatung. Der Fachausschuss hat von sich aus gemeinsam mit allen Trägern festgestellt, dass es empfehlenswert ist, mindestens ein Jahr zu warten. Das Gesetz ist im Spätherbst 2014 verabschiedet worden. Deswegen wäre es nicht der richtige Weg, jetzt dieser Forderung der GRÜNEN nachzukommen.

Zu der Forderung nach Anhebung der Pauschalen darf ich noch Folgendes sagen: Wir sind auf dem Weg der Umstellung; entsprechende Verhandlungen finden statt. Daher halte ich es für falsch, dies mit der Frage nach der finanziellen Ausstattung zu verbinden, zumal wir keine zusätzlichen Mittel haben. Wir sollten keine leeren Versprechungen machen. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, merken Sie sich das doch einfach: Wenn im Haushalt nichts vorhanden ist, kann man keine Forderung erheben, die nicht durch zusätzliche Mittel gedeckt ist. Insofern ist Ihre Forderung unseriös. Sie wollen einen falschen Weg beschreiten.

Wir haben für eine Entschließung in dem Sinne, dass die Zusammenführung erfolgen soll, plädiert. In diesem Sinne ist im Ausschuss mehrheitlich entschieden worden. Damit wollen wir die Verhandlungen unterstützen. Ich bitte Sie, diesen Weg mitzuge-

hen. In den Beratungen über den Haushalt bzw. den Nachtragshaushalt können wir über die finanzielle Frage reden. Dazu ist aber Ihr Antrag nicht notwendig.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Celina. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Unterländer, das Erste zur Klarstellung: Sie haben gesagt, der Antrag der GRÜNEN habe sich schon im Ausschuss erledigt. Genau das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde im Ausschuss umformuliert. Die Neufassung ist vorgelesen und zur Abstimmung gestellt worden. Ihr Kollege Steffen Vogel hat jedem einzelnen Satz des Antrags zugestimmt. Ihre Fraktion hat insgesamt trotzdem dagegen gestimmt.

Das Zweite: Sie sagten, wenn im Haushalt nichts vorhanden sei, sei es unlauter, einen Antrag mit finanziellen Forderungen zu stellen. Im Haushalt ist anscheinend seit 15 Jahren nichts vorhanden, um die gestiegenen Kosten, die bei den Trägern anfallen, aufzufangen. Das halte ich für unlauter.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Kollegin Celina, der richtige Weg, um an zusätzliche Mittel zu kommen, sind die Haushaltsberatungen. Merken Sie sich das bitte. Ich betone: Es geht um zusätzliche Mittel; denn die Mittel für die bisherigen Pauschalen sind vorhanden. Die Fachausschüsse geben inhaltliche Empfehlungen bzw. machen Vorgaben. Inhaltliche Empfehlungen haben wir gegeben. Das ist der richtige, nachvollziehbare, korrekte Weg, an den sich auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten sollte.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Unterländer. – Jetzt hat Frau Kollegin Waldmann das Wort. Bitte schön.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der fortgeschrittenen Uhrzeit beschränke ich mich auf die Punkte, die noch nicht angesprochen wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es ist kein rein sozialpolitisches Thema; denn es geht nicht nur um die Schuldner. Die Verschuldung des einen zieht immer auch andere mit hinein. An erster Stelle sind natürlich Angehörige und Bekannte zu nennen, die in der Regel unterstützend einspringen und Geld leihen. Es sind aber auch Gläubiger betroffen – das ist vielleicht sogar der erheblichere Teil –, die auf Rechnungen für Leistungen, die nicht bezahlt werden, und auf anderen Kosten sitzen bleiben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Insolvenzberatung ist insgesamt eine Erfolgsgeschichte und soll schon präventiv eingreifen. Es geht auch um den Schutz vor Schulden in der Zukunft. Wenn die Beratung rechtzeitig greift, müssen Schulden in Zukunft nicht gemacht werden. Das Thema ist, wie bereits erwähnt, nicht nur sozialpolitischer Natur, sondern berührt den Wirtschaftskreislauf insgesamt.

Die Kommunen subventionieren die staatliche Insolvenzberatung. Nach Schätzung des Bayerischen Städtetages übernehmen sie zwischen 25 und 40 % der Kosten. Es ist enorm, was die Kommunen für die Erfüllung dieser eigentlich staatlichen Aufgabe leisten. Das schreckt natürlich manche ab.

Wenn neue Konnexitätsvereinbarungen getroffen werden, dann müssen diese eine dynamische Fortschreibung der Mittel vorsehen. Wir verzeichnen Preissteigerungen, Personalkostensteigerungen und sowohl eine höhere Zahl als auch eine höhere Intensität der Fälle. Wenn die Zusammenlegung von Schuldnerberatung und Insolvenzbe-

ratung – alle sind sich einig, dass dies sinnvoll ist – ein Erfolg ist, dann wird sich, da sich das Angebot verbessert hat, die Nachfrage erhöhen. Das ist durchaus beabsichtigt; denn wir wollen die Menschen erreichen, um Verschuldung zu vermeiden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte noch zwei konkrete Fragen anschließen. Erstens. In der Anhörung, auf die Kollege Unterländer Bezug genommen hat – wir hatten im Sozialausschuss ein Fachgespräch dazu –, wurde der 30. April 2015 als entscheidendes Datum der Verhandlungen genannt. Mich interessiert, was dabei herausgekommen ist; so lange ist das ja nicht her.

Das Zweite ist: Auch wenn Sie sich im Moment angesichts des laufenden Verfahrens nicht in der Lage sehen, die Fallpauschalen anzuheben, müssen Sie dennoch einen Ausgleich finden für die Subventionsleistungen, die die Kommunen für die Erfüllung dieser – staatlichen! – Aufgabe seit vielen Jahren erbringen. Gegebenenfalls muss das auf einem anderen Weg geschehen. Diesen Punkt sollten auch Sie auf jeden Fall im Hinterkopf behalten. Das Geld ist bekanntlich schon ausgegeben worden.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Herr Kollege Dr. Fahn, bitte.

(Unruhe)

– Bitte ein bisschen leiser.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Waldmann hat in einem Punkt völlig recht – das möchte ich an den Anfang meines Beitrags stellen –: Der Status quo bei der Insolvenz- und Schuldnerberatung schwächt nach wie vor die Kommunen. Diese müssen die Erledigung einer Aufgabe subventionieren, für die eigentlich die Staatsregierung

zuständig ist. Das ist ein Punkt, den man beachten muss. Das Problem ist auch im Sozialausschuss mehrfach angesprochen worden; gelöst ist es nach wie vor nicht. Bereits im Jahr 2011 hat der Landtag beschlossen, dass eine Überprüfung im Hinblick auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten erfolgen müsse. Wir sind zwar auf dem Weg; das ist richtig. Deswegen fand auch das Fachgespräch statt. Dann gab es die zwei Anträge der GRÜNEN, und dann gab es die Resolution zur Zusammenführung von Schuldner- und Insolvenzberatung. Diese Resolution ist viel weniger als ein konkreter Antrag auf Finanzierung. Das beinhaltet der Antrag der GRÜNEN. Er wurde dann von der CSU abgelehnt. In der Resolution stand natürlich der Zusammenschluss. Da sind alle dafür; das ist unzweifelhaft. Es steht auch drin, was wichtig ist, nämlich dass verbindliche Qualitätsstandards gelten müssen. Darüber sind wir uns auch einig. Bei den Kommunen fallen zusätzliche Aufwendungen an, und zwar nach wie vor. Dafür brauchen wir eine hinreichende Finanzierung. Das steht auch drin. Es wurde aber nicht gesagt, wie hoch diese hinreichende Finanzierung ist. Man spricht von einer Erhöhung durch die Fallpauschalen um 2 Millionen Euro, dass also insgesamt 8 Millionen Euro benötigt werden. Das wurde aber nur besprochen. Es wurde auch nicht gesagt, wann genau die Angleichung kommt. Fachgespräche finden statt, aber bis diese Angleichung kommt, müssen die Kommunen nach wie vor dafür geradestehen. Das ist das Problem. Wir engagieren uns für die Kommunen, legen den Finger in diese Wunde und sagen, dass dies noch nicht gelöst ist.

Insgesamt gelten 7 % der bayerischen Bevölkerung als überschuldet. Das sind 730.000 Menschen. 90 % gehen dann sogar leer aus. In verschiedenen Landkreisen gibt es überhaupt keine Insolvenzberatung. Die Oberpfalz und Niederbayern sind insgesamt relativ stark betroffen. Das müssen wir insgesamt berücksichtigen.

Es wurde gesagt: Um das gesamte Problem zumindest kurzfristig zu lösen, brauchen wir eine Erhöhung um insgesamt um 2 Millionen Euro. Darum geht es. Richtig gesagt wurde, dass die Fallpauschalen seit 1999 gleich geblieben sind. Diese Mittel fehlen. Wer stopft diese Lücke? – Diese Frage ist nicht geklärt worden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Kommunen sind nach wie vor die Leidtragenden. Sie müssen diese Löcher stopfen. Deswegen haben die GRÜNEN auch diesen Antrag gestellt. Wir von den FREIEN WÄHLERN haben gesagt: Wir stimmen zu, und das ist auch insgesamt in der Sache richtig so und auch nicht unseriös, Herr Unterländer; Sie sagen ja, wenn kein Geld da ist, kann man keine solchen Anträge stellen. Seit 15 Jahren fehlt eine ausreichende Finanzierung. Seit 15 Jahren fehlen die Mittel. Das hätte man schon vor einigen Jahren merken können. Deswegen stimmen wir diesem Antrag der GRÜNEN zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über Tagesordnungspunkt 13 abstimmen – das ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/3203. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen? – CSU-Fraktion. Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Tagesordnungspunkt 14 abstimmen – das ist der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/5228. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt auch hier die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist

auch dieser Antrag abgelehnt. – Die Tagesordnungspunkte 13 und 14 sind damit erledigt.